

Auftragsbekanntmachung – Standardregelung

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung:

Gemeinde Dörzbach

Rechtsform des Erwerbers:

Kommunalbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers:

Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel:

Planungs- und Ingenieurleistungen zur Errichtung eines Gigabit-Netzes in der Gemeinde Dörzbach

Beschreibung:

a) Verfahrensablauf Verhandlungsverfahren

Der Auftraggeber führt ein Auswahlverfahren zur Vergabe von Fachplanungsleistungen im sog. Betreibermodell nach Ziff. 3.2 der Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0 durch. Die Auswahl erfolgt zweistufig im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem öffentlichem Teilnahmewettbewerb entsprechend §§ 74, 17 VgV. Grundlage sind daneben die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Breitbandleitlinien) vom 26.11.2013, die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 (nachfolgend „Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0“) inkl. der im Zuwendungsbescheid in vorläufiger Höhe genannten Nebenbestimmungen, sowie ergänzend die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ vom 13.11.2020 („Gigabit-RR“).

Im Teilnahmewettbewerb wird auf einer ersten Stufe die Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) der Bewerber geprüft und auf Grundlage der aufgeführten Gewichtungskriterien zum Teilnahmewettbewerb werden 5 Bewerber zur Angebotslegung aufgefordert. Siehe auch Aufforderung zur Bewerbung.

Alle so zugelassenen Teilnehmer werden in einer zweiten Stufe zu Angebotsabgabe aufgefordert und haben Gelegenheit, bis zum Ablauf der Angebotsfrist ein Initialangebot abzugeben (first offer). Auf Grundlage dieses Angebots hat der Auftraggeber die Möglichkeit, Verhandlungen mit den Bietern durchzuführen und ggf. diese zur Abgabe eines verbesserten Angebotes aufzufordern (final offer). Der Auftraggeber wählt anhand der unter Ziff. 5.1.10 genannten Wertungskriterien das wirtschaftlichste Angebot für den Zuschlag aus.

b) Fragen zu Unklarheiten

Sollten dem Bewerber Unklarheiten in den Vergabeunterlagen aufkommen oder sollten sich Fragestellungen ergeben, hat er die ausschreibende Stelle innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen ab Erkennbarkeit über das elektronische Vergabeportal zu informieren bzw. entsprechende Teilnehmerfragen einzureichen.

Spätester Zeitpunkt für Einreichung von Fragen sind zehn Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrages.

Kennung des Verfahrens:

AV26988D-EU

Interne Kennung:

AV26988D-EU

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags:

Dienstleistung

Haupteinstufung (cpv):

71300000 (Dienstleistung von Ingenieurbüros)

2.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS):

Dörzbach, Hohenlohekreis (DE119)

Land:

Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.:

€ 365.601,26

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen:

Der Auftraggeber behält sich nach Maßgabe des § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vor, den Auftrag auf Grundlage der verbindlichen Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6 Ausschlussgründe

Rein nationale Ausschlussgründe.

Beschreibung:

Weitere zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5 Los

5.1 Los: LOT-0001

Titel:

Planungs- und Ingenieurleistungen zur Errichtung eines Gigabit-Netzes in der Gemeinde Dörzbach

Beschreibung:

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe Fachplanungsleistungen in Anlehnung an die Leistungsbilder der Leistungsphasen 4 bis 8. zur Planung von Ingenieurbauwerken gemäß § 41 HOAI sowie von technischer Ausrüstung der Anlagengruppe Fernmelde- und informationstechnische Anlagen gemäß § 53 Abs. 2 Nr. 5 HOAI zur Umsetzung der Ausbauvorhaben zum Auf- und Ausbau von

Telekommunikationsinfrastruktur in der Gemeinde Dörzbach im Rahmen eines Betreibermodells nach Ziffer 3.2 der Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0.

Nach aktuellem Kenntnis- und Informationsstand ist von Kosten in Höhe von insgesamt rund EUR ca. € 4 Mio. (netto) für die Gesamterschließung auszugehen.

Das Vorhaben soll mit öffentlichen Fördermitteln auf Grundlage des sogenannten „Betreibermodells“ gefördert werden; Grundlage hierfür sind die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Breitbandleitlinien) vom 26.11.2013 und die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 vom 31.03.2023 („Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0“), sowie ergänzend die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ vom 13.11.2020 („Gigabit-RR“).

Die Ausführung der Fachplanungsleistungen in Anlehnung an die Leistungsbilder der Leistungsphase 8 zur Planung von Ingenieurbauwerken gemäß § 41 HOAI sowie von technischer Ausrüstung der Anlagengruppe Fernmelde- und informationstechnische Anlagen gemäß § 53 Abs. 2 Nr. 5 HOAI und SiGeKo Leistungen stehen unter dem Vorbehalt eines erfolgreich abgeschlossenen Auswahlverfahrens Bauleistungen und eines antragsgemäßen Zuwendungsbescheides über die abschließende Höhe der Zuwendung (auf Bundes- und ggf. Landesebene) durch die Bewilligungsbehörden.

Die förderrechtlichen Bestimmungen können bei der unter Ziff. 8.1 genannten Stelle des Auftraggebers angefordert werden und sind im Zuschlagsfalle wesentlicher Bestandteil des Vertrages. Im Zuschlagsfalle werden ggf. weitere Erklärungen zur Vorlage beim Fördermittelgeber erforderlich. Mit Angebotsabgabe verpflichtet sich jeder Bieter, diese im Zuschlagsfalle abzugeben, soweit nicht bereits im Auswahlverfahren abgegeben.

Der Zuschlagsempfänger hat weiter alle bei der Umsetzung der Maßnahmen relevanten Normen (u.a. TKG) und sonstigen rechtlich verbindlichen Vorgaben zu beachten sowie alle erforderlichen Genehmigungen, Bestätigung etc. rechtzeitig und auf eigene Kosten einzuholen.

Die weiteren Ausschreibungsunterlagen können unter www.aumass.de abgerufen werden.

Die Entscheidung über den Abschluss eines Vertrages über Fachplanungsleistungen wird auf dem zentralen Online-Portal der Bewilligungsbehörde veröffentlicht. Die Bieter erklären sich damit ausdrücklich einverstanden.

Interne Kennung:

AV26988D-EU

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags:

Dienstleistung

Haupteinstufung (cpv):

71300000,

Optionen:

Geplant ist die stufenweise Vergabe der einzelnen Leistungsphasen. Mit Zuschlagserteilung sollen die Leistungsphasen 4 – 7 beauftragt werden, die Leistungsphase 8 (Bauüberwachung, Rechnungsprüfung, Erstellung Dokumentation, Einreichung Verwendungsnachweis und Monierungsbearbeitung und SiGeKo

Leistungen) wird ggf. zu einem späteren Zeitpunkt abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Im Falle des Abrufs von Leistungsphasen ist der Auftragnehmer aber verpflichtet, die Leistungen zu erbringen.

5.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS):

Dörzbach, Hohenlohekreis (DE119)

Land:

Deutschland

Zusätzliche Informationen:

5.1.4 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.:

€ 365.601,26

Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben:

siehe Verfahrensbedingungen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.5 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: - Eigenerklärung über das Vorliegen einer aktuell gültige Eintragung in das Handelsregister oder ein Berufsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vom 26.02.2014 (EU-Amtsblatt L 94/65) gemäß Anlage Bewerbung. - Juristische Personen müssen für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung einen verantwortlichen Betriebsangehörigen benennen, der die genannte Berufsqualifikation erfüllt. Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente in Bezug auf Ausschlussgründe: - Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit bzw. über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB gemäß Formblatt Zuverlässigkeit. - Eigenerklärung darüber, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen gemäß Formblatt MiLoG. - Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) gemäß Formblatt LTMG. - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 SchwarzarbG vorliegen gemäß Formblatt Schwarzarbeit. - Eigenerklärung über fehlenden Russlandbezug gemäß Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 über restriktive Maßnahmen

angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren gemäß Formblatt Sanktionsverordnung. Die Vergabestelle behält sich unabhängig davon zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens vor, Nachweise und/oder Bescheinigungen für sämtliche geforderten Unterlagen anzufordern bzw. diese im Rahmen des rechtlich zulässigen nachzufordern. Diese sind innerhalb von 7 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorzulegen.

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Beschreibung: - Eigenerklärung über die technischen Fachkräfte oder technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen sowie Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den Jahren 2022/2023/2024. Sämtliche Angaben haben in Vollzeitäquivalenten zu erfolgen. Für die Erklärung ist das Formblatt T1 Anhang3 technische+berufliche Leistungsfähigkeit. - Eigenerklärung über die Ausführung von einer abgeschlossenen Leistung (Referenz) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Beschreibung: - Eigenerklärung über das Bestehen oder den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung im Fall der Zuschlagserteilung gemäß Formblatt T1 Anhang2 wirtschaftliche+finanzielle Leistungsfähigkeit. Die Mindestdeckungssumme muss 3.000.000,00 Euro je Einzelfall für Personenschäden und 2.000.000 Euro für Sach- und Vermögensschäden im Falle der Zuschlagserteilung betragen. Dabei muss die Maximierung der möglichen Ersatzleistungen des Versicherers das mindestens 2 – fache der genannten Deckungssummen pro Jahr betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist es ausreichend, dass einer der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über eine Versicherung in entsprechender Höhe verfügt bzw. diese im Falle der Zuschlagserteilung stellt. Die Nichterfüllung der Mindestvorgabe führt zum Ausschluss vom weiteren Verfahren. - Eigenerklärung über den vom Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft erzielten Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gemäß Formblatt T1 Anhang2 wirtschaftliche+finanzielle Leistungsfähigkeit Der Mindestumsatz netto im Bereich der zu vergebenden Leistungen (Planung im geförderten Breitbandausbau), muss in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mindestens 1.000.000,00 Euro netto betragen haben (für alle 3 Jahre kumuliert). Bei Bietergemeinschaften wird der Umsatz aller Mitglieder der Bietergemeinschaft addiert. Die Nichterfüllung der Mindestvorgabe

führt zum Ausschluss vom weiteren Verfahren. Bei Unterauftragnehmern erfolgt eine Addition der Umsätze nur im Falle der wirtschaftlichen Eignungsleihe nach Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer nach Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer.

Die Vergabestelle behält sich unabhängig davon zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens vor, Nachweise und/oder Bescheinigungen für sämtliche geforderten Unterlagen anzufordern bzw. diese im Rahmen des rechtlich zulässigen nachzufordern. Diese sind innerhalb von 7 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorzulegen.

5.1.6 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Berufserfahrung des im Projekt konkret eingesetzten Personals (Projektleiter 12,5, eingesetzter leitender Bauüberwacher 12,5)

Gewichtung (Punkte, genau): 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium **Beschreibung:** Qualität der Leistungserbringung

Gewichtung (Punkte, genau): 25

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Gewichtung (Punkte, genau): 50

5.1.7 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

DEU

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen:

zehn Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrages

Internetadresse der Auftragsunterlagen:

<https://plattform.aumass.de: AV26988D-EU>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL:

keine

5.1.8 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung:

Die maßgeblichen Termine zur Abgabe der Angebote, sowie der Tag der Angebotsöffnungen ergeben sich aus dem Anschreiben zur Angebotsaufforderung an alle zugelassenen Teilnehmer.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung:

Erforderlich

Unterlagen, die in anderer Form (z. B. schriftlich auf dem Postweg) eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.

Adresse für die Einreichung:

<https://plattform.aumass.de AV26988D-EU>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

Elektronischer Katalog:

Nicht zulässig

Nebenangebote:

Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit:

keine

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge:

08.12.2024, 12.00 Uhr

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen:

§ 56 Abs. 2, 3 VgV: (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Auftragsbedingungen:**Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Ausführung des Auftrages steht unter dem Vorbehalt eines antragsgemäßen Zuwendungsbescheides über die abschließende Höhe durch die Bewilligungsbehörden des Bundes, sowie eines antragsgemäßen Kofinanzierungsbescheides durch die Bewilligungsbehörde Landes Baden-Württemberg.

Elektronische Rechnungsstellung:

Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt**Zahlungen werden elektronisch geleistet****Finanzielle Vereinbarung:**

Siehe Regelungen des Muster-Zuwendungsvertrags

Informationen über die Überprüfungsfristen:

Soweit sich die Vergabekammer für zuständig erklärt, wird hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren auf § 160 GWB verwiesen.

Zusätzliche Informationen:**a) Nutzungsbedingungen Adress- und GEO-Daten**

Mit dem Download der beigestellten Adress- und GEO-Daten erklärt sich der Interessent mit den Regelungen der aktuell gültigen Lizenzvereinbarung und den Nutzungsbedingungen des Projektträgers einverstanden.

Insbesondere gilt:

- Übergebene Daten dürfen ausschließlich zur internen Nutzung und im Zusammenhang mit diesem Förderprojekt verwendet werden.
- Dritten darf kein Zugriff auf die Daten gewährt werden.
- Alle Daten sind nach Beendigung des gegenständlichen Förderprojekts bzw. aller relevanten Nachweispflichten zu löschen.

b) Rechtsgrundlagen

Das Verfahren folgt den von der EU-Kommission in der Mitteilung vom 23.06.2006 (ABl. EU 2006/C 179/02) aufgestellten primärrechtlichen Grundsätzen bzw. den EU-Beihilfeleitlinien vom 26.01.2013 (ABl. EU 2013/C 25/01), die auch für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen gelten. Die Auswahl des Betreibers hat nach Maßgabe der Kommission dem nationalen und europäischen Vergaberecht zu folgen, soweit keine expliziten Vorgaben der Europäischen Kommission bestehen oder die Besonderheit der Beihilfegewährung eine Abweichung notwendig machen. Zur Anwendung kommen aufgrund des geschätzten Gesamtauftragswertes daher ergänzend die Regelungen der Vergabeverordnung (VgV).

Das Auswahlverfahren erfolgt als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. § 119 Abs. 5 GWB i. V. m. §§ 14 Abs. 3 Nr. 3, 17, 73-77 VgV, sowie nach Maßgabe der Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0, Gigabit-RR.

c) Verfahrensablauf

Maximal 5 Bewerber, welche im Teilnahmewettbewerb die geforderten Nachweise und Informationen erfüllen und die die höchste Punktzahl gem. der Wertungsmatrix Eignungswertung erhalten, werden als Teilnehmer zugelassen und zur Abgabe eines Initialangebotes (first offer) aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag ohne Verhandlung bereits auf das wirtschaftlichste Initialangebot zu erteilen.

Alternativ kann der Auftraggeber alle Bieter zu einer oder mehrerer aufeinander folgenden Verhandlungsrunden einladen, die Vertragsinhalte besprechen und verhandeln und zur Abgabe verbesserter Angebote auffordern (last offer).

Den Zuschlag erhält das mit Hilfe der angebenen Wertungskriterien ermittelte wirtschaftlichste Angebot. Falls kein wirtschaftliches Angebot eingeht, behält sich der Auftraggeber vor, das Verfahren aufzuheben.

d) weitergehende Regelungen

Angebote haben sämtliche Mindestinhalte der Gigabitrichtlinie des Bundes 2.0, der Gigabit-RR, des Zuwendungsbescheides in vorläufiger Höhe (sowie ggf. der Kofinanzierungsbescheides), sowie der darin genannten Nebenbestimmungen einzuhalten, soweit sie inhaltlich die Leistungspflichten des Fachplaners betreffen. Die Nichteinhaltung einer Vorgabe kann zum sofortigen Ausschluss aus dem Auswahlverfahren führen.

Mit der Abgabe eines späteren Angebotes erklärt sich der Bieter bereit, dass das Ergebnis des Verhandlungsverfahrens (Vergabeentscheidung) auf dem zentralen Online-Portal der Bewilligungsbehörde veröffentlicht wird.

Der Zuschlagsempfänger hat weiter alle bei der Umsetzung der Maßnahmen relevanten Normen (u.a. TKG) und sonstigen rechtlich verbindlichen Vorgaben zu beachten sowie alle erforderlichen Genehmigungen, Bestätigung etc. rechtzeitig und auf eigene Kosten einzuholen.

5.1.9 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion:

Keine elektronische Auktion

5.1.10 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Gemeinde Dörzbach

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung:

Gemeinde Dörzbach

Registrierungsnummer:

AGS: 81265002020

Postanschrift:

Marktplatz 2

Stadt:

Dörzbach

Postleitzahl:

74677

Land, Gliederung (NUTS):

DE119**Land:**

Deutschland

E-Mail:

gemeinde@doerzbach.de

Telefon: 07937 91190

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer / Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Identifikationsnummer:

e40cfc5c-42f6-49b9-9648- a88bcee2924b

Postanschrift:

Durlacher Allee 100

Stadt:

Karlsruhe

Postleitzahl:

76137

Land, Gliederung (NUTS):

DE122

Land:

Deutschland

E-Mail:

vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon:

+49 (721) 926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer:

unknown

Postanschrift:

Durlacher Allee 100

Stadt:

Karlsruhe

Postleitzahl:

76137

Land, Gliederung (NUTS):

Karlsruhe (DE122)

Land:

Deutschland

E-Mail:

vergabekammer@rpk.bwl.de

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0004

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer:

unknown

Postanschrift:

Durlacher Allee 100

Karlsruhe

Postleitzahl:

76137

Land, Gliederung (NUTS):

Karlsruhe (DE122)

Land:

Deutschland

E-Mail:

vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon:

+49 (721) 926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung:

AV26988D-EU

Formulartyp:

Wettbewerb

Art der Bekanntmachung:

Auftragsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:

04.11.2025

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist:

Deutsch

11.2 Informationen zur Veröffentlichung

Datum der Veröffentlichung:

04.11.2025